

## Protokoll Nr. 17 (2019-2023)

### der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 27.05.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend waren:

- |                |  |   |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat  | Songül Aslan<br>Christian Carstens<br>Gudrun Eickelberg<br>Wiebke Feuerhake<br>Maria-Katharina Gonther<br>Dr. Vera Helling<br>Klaus-Peter Land<br>Kay Middendorf<br>Maria Schmidt<br>Dr. Hans-Peter Volkmann | Miriam Benz<br>Hela Dumas<br>Anna Faethe<br>Dr. Michael Fillié (bis 20.20 Uhr)<br>Markus Gonther<br>Sandor Herms Herms<br>Jörn Linnertz<br>Gabriele Schmidt<br>Dr. Wolfgang Schober |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes<br>Thomas Berger  |   |
| c) Gäste       | Matthias Riechmann (Polizeikommissariat Präsidium)<br>Ralf Raschkewitz (Polizeirevier Schwachhausen)   |   |

Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 16 der öffentlichen Beiratssitzung am 22.04.2021 sowie das Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Beiräte Vahr und Schwachhausen zur Wahl einer neuen Ortsamtsleitung am 23.03.2021 werden ebenfalls genehmigt.

### **TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Bürger weist darauf hin, dass das in der Riensberger Straße von Beirat und Polizei aufgestellte Plakat, dass auf den nötigen Abstand zwischen Kfz- und Radverkehr hinweisen solle, einzuwachsen drohe.

Dr. Karin Mathes sichert zu, dass sich das Ortsamt um einen Rückschnitt des Grases bemühen werde.

### **TOP 2: Kriminalstatistik 2020**

Ralf Raschkewitz stellt an Hand einer Präsentation die Entwicklung der Kriminalität in Schwachhausen vor.<sup>1</sup> Dabei macht er ergänzend deutlich:

- Die Polizei habe 2020, bedingt durch Corona, verstärkt ältere Fälle abgearbeitet, was in der Statistik zu einer Erhöhung der Kriminalität führe. Real habe die Kriminalitätsrate jedoch nicht zugenommen;
- bestimmte Delikte, so etwa Raub, Straßen- und Handtaschenraub, Körperverletzung und Rauschgiftdelikte, träten v.a. im Umfeld des Hauptbahnhofs, im Hohenlohe- sowie im Nelson-Mandela-Park auf. Bei Straßen- und Handtaschenraub sowie bei Körperverletzung sei auch eine Häufung entlang der Linie 4 festzustellen. Zu Handtaschenraub lägen keine Anzeigen vor;
- die geringeren Fallzahlen zu Wohnungseinbruch und Tageswohnungseinbruch seien eindeutig darauf zurückzuführen, dass sich Menschen Corona-bedingt vermehrt zu Hause

<sup>1</sup> Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

aufhielten. Entsprechend umgekehrt seien die Zahlen bei Einbruch und Diebstahl aus Büro gestiegen, weil niemand anwesend sei;

- zum Delikt Einbruch habe die Polizei 2020 verstärkt und erfolgreich ermittelt;
- nach wie vor sehr hoch seien die Zahlen bei Fahrraddiebstahl. Hier könne die Polizei auch keine zufriedenstellenden Ermittlungserfolge vermelden;
- bei Körperverletzungen ließe sich hingegen in einer Vielzahl der Fälle die Täterschaft klären, weil Opfer und Täter\*in zumeist miteinander bekannt seien;
- bei Rauschgiftdelikten gehe es sowohl um privaten Konsum als auch um Dealerei in geringem Umfang. Steigende Zahlen bedeuteten in diesem Fall nicht eine Zunahme der Fälle, sondern vorrangig, dass die Polizei verstärkt kontrolliere;
- die Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM) seien wohl gefallen, aber immer noch unerfreulich hoch. Allerdings - und hier zeige sich die erfolgreiche Präventionsarbeit der Polizei - bliebe es meist beim Versuch.

Auf Nachfragen erwidern Matthias Riechmann und Ralf Raschkewitz:

- Der Straftatbestand Raub umfasse bspw. das Aus-der-Hand-reißen eines Handys;
- eine gefährliche Körperverletzung liege vor, sobald eine Waffe Verwendung finde oder eine Person aus dem Hinterhalt angegriffen werde. Von schwerer Körperverletzung werde gesprochen, wenn in Folge der Tat ein bleibender körperlicher Schaden eintrete;
- der Nelson-Mandela-Park sei nach Auslichtungsarbeiten durch Umweltbetrieb Bremen (UBB) einsehbarer und insgesamt freundlicher geworden. Andererseits hätten Menschen in prekären Lebensumständen dort die Möglichkeiten, sich zu treffen;
- es empfehle sich, Wohnungen und Gebäude immer auf dem Stand der Technik gegen unerwünschtes Eindringen zu sichern. Gleiches gelte für die Sicherung von Fahrrädern. Hochwertige Fahrräder sollten nachts möglichst nicht auf der Straße stehen;
- Sachbeschädigungen würden in der vorliegenden Statistik nicht erfasst. Allerdings gehe die Polizei bei einer Häufung auch hier dem Geschehen nach.

Abschließend stellen Matthias Riechmann und Ralf Raschkewitz fest, dass mit dem Abklingen der Corona-Pandemie die Polizei wieder verstärkt auf der Straße unterwegs sein und ihre Präventionsarbeit ausweiten werde. Andererseits müsse auch damit gerechnet werden, dass die Fallzahlen bei einzelnen Delikten wieder anstiegen oder fielen.

Der Beirat zeigt sich erfreut über die vorgestellte Entwicklung, allerdings gibt Jörn H. Linnertz auch zu bedenken, dass die Zahlen bei einzelnen Delikten, etwa Fahrraddiebstahl, gemessen an der Bevölkerungszahl in Schwachhausen, doch auffallend hoch seien.

### **TOP 3: Antrag Bündnis 90/ Die Grünen zum Baumschutz**

Gudrun Eickelberg stellt für ihre Fraktion den Antrag vor.<sup>2</sup> Sie macht dabei deutlich, dass es wohl rechtliche Regelungen zum Baumschutz gebe, diese aber mangels Personal nicht ausreichend kontrolliert werden könnten, so etwa bei Baumaßnahmen im Straßenraum. Die Bremer Baumschutzverordnung sei zwischenzeitlich zehn Jahre alt und berücksichtige z.B. Artenschutz nicht. In anderen Fällen wie beim Baumkataster seien andere Städte bereits erfolgreicher.

Christian Carstens stellt fest, dass es sich um einen „Wohlfühlantrag“ handle, es ließen sich nicht wirklich Einwände erheben. Besonders aufgefallen seien ihm in den zurückliegenden Jahren die umfangreichen Fällarbeiten der Deutschen Bahn AG entlang der Bahnstrecken. Diese seien vom vorliegenden Antrag nicht umfasst.

Dr. Hans-Peter Volkmann bewertet den Antrag positiv. Allerdings hätte er sich dann auch gewünscht, dass die anderen Fraktionen die von der CDU-Fraktion geäußerte Kritik an den zahlreichen vorgesehenen Baumfällungen im Zuge der geplanten Fernwärmetrasse unterstützt hätten.

Kay Middendorf unterstützt die Sichtweise von Christian Carstens. Er bittet darum, die Formulierung unter Punkt 2 („innerhalb konkreter Fristen“) weiter zu präzisieren. Außerdem sei

---

<sup>2</sup> Der Antrag ist als **Anlage 2a** diesem Protokoll angefügt.

er sich nicht sicher, ob die Deutsche Bahn als bundesweit tätiges Unternehmen den Bestimmungen der Bremer Baumschutzverordnung unterliege.<sup>3</sup>

Gabriele Schmidt begrüßt den Antrag, schlägt aber vor, auch das Straßenbegleitgrün im Antrag aufzuführen. Sie stelle fest, dass bei Bautätigkeiten, aber auch durch den Straßenverkehr das Straßenbegleitgrün vielfach geschädigt werde. Außerdem regt sie an, in Punkt 1 eine Ergänzung vorzunehmen („... wo es *noch* keinen effektiven Baumschutz gibt...“).

Dr. Vera Helling zeigt sich erfreut, dass auch die anderen Fraktionen den Antrag unterstützen wollen. Beim Baumschutz gebe es ein „riesen Problem“. Einerseits bestehe ein Überwachungsproblem, andererseits sei die Baumschutzverordnung nicht mehr aktuell. Fraglich sei, ob die Schutzbestimmungen nicht auf weitere Bäume ausgeweitet werden müssten und ob der Stammumfang von 120 cm, ab dem der Schutz greife, noch ausreiche. Außerdem berücksichtige die Baumschutzverordnung den Artenschutz nicht. Auch der Baumschutz auf Privatgrund müsse ausgeweitet werden, um zu verhindern, dass vor Neubau-Maßnahmen Grundstücke „ausgeräumt“ würden.

Auch Jörn H. Linnertz begrüßt den Antrag. Allerdings schlage er vor, das Straßenbegleitgrün gesondert und nicht im vorliegenden Antrag zu regeln. Der Sachverhalt sei zu komplex und das Straßenbegleitgrün sehr unterschiedlicher Qualität. Außerdem eröffne sich die Möglichkeit, mehr Flächen als bislang geschehen, zu entsiegeln. Kontrollmaßnahmen müssten nicht nur personell besser ausgestattet, sondern auch effektiver werden. Die im Antrag genannten Fristen müssten eindeutiger benannt werden.

Kay Middendorf weist in Erwiderung zu Gabriele Schmidt darauf hin, dass Bauträger bereits heute nach geltendem Recht verpflichtet seien, Schäden an Bäumen oder im Straßenbegleitgrün zu regulieren. Bei einer Überarbeitung der Baumschutzverordnung müsse der Baumschutz gegenüber anderen Gütern aufgewertet werden.

Ralf Möller (zukünftiger Ortsamtsleiter) erläutert, dass eine Nachpflanzung nicht immer innerhalb eines Jahres zu leisten sei, da die ideale Pflanzzeit im Herbst liege. Deshalb halte er die Formulierung „schnellstmöglich, jedoch spätestens nach zwei Jahren“ für sinnvoll. Ein von Umweltbetrieb Bremen (UBB) erarbeitetes Kataster der Straßenbäume liege seit drei Jahren vor. Ein Kataster für die Bäume in öffentlichen Grünanlagen, auf Schulgrundstücken usw. stehe noch aus, dessen Fertigstellung sei aber absehbar. Beim Straßenbegleitgrün sei tatsächlich dessen Qualität entscheidend. Deshalb empfehle er hier zwei getrennte Antragsverfahren.

Gudrun Eickelberg erklärt sich für ihre Fraktion damit einverstanden, den Vorschlag zu einer Präzisierung der in Punkt 2 genannten Frist aufzunehmen, ebenso den Vorschlag, Kontrollen effektiver zu gestalten. Nicht berücksichtigen wolle sie das Straßenbegleitgrün.

Dr. Karin Mathes stellt den Antrag mit den vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung: Er wird einstimmig angenommen.<sup>4</sup>

#### **TOP 4: Stadtteilbudget<sup>5</sup>**

Gegenwärtig, so Frau Dr. Mathes, könne der Beirat über ein Stadtteilbudget von etwa € 241.000 verfügen.

##### **a) Vergabe von € 1.600 für Überholverbotsschilder in der H.-H.-Meier-Allee**

Frau Dr. Mathes berichtet, dass der Fachausschuss „Verkehr“ am 28.04.2021 zwei Bürgeranträge beraten habe, die problematisierten, dass Kfz beim Überholen des Radverkehrs in der H.-H.-Meier-Allee vielfach den nötigen Abstand von 1,50 m unterschritten. Als kurzfristige Maßnahme sei es laut Amt für Straßen und Verkehr (ASV) möglich, das neue Verkehrszeichen [277.1](#) („Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge und Krafträder mit Beiwagen“) an den beiden Engstellen Straßenbahn-Haltestelle H.-H.-Meier-Allee (stadt-

<sup>3</sup> **Im Nachgang:** Die Deutsche Bahn AG (DB AG) unterliegt nach [§ 8 Abs. 2](#) der „Verordnung zum Schutze des Baumbestandes im Lande Bremen“ bei Fällungen entlang der Bahnkörper den Bestimmungen der Bremer Baumschutzverordnung, allerdings muss sie ebenso wenig wie Umweltbetrieb Bremen (UBB) eine Fällgenehmigung einholen. Die DB AG muss auch Kompensationsmaßnahmen vornehmen. Allerdings steht dieser Prozess noch am Anfang.

<sup>4</sup> Die beschlossene Fassung des Antrags ist als **Anlage 2b** diesem Protokoll angefügt.

<sup>5</sup> Beide Sachverhalte wurden auf der letzten Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 28.04.2021 bereits diskutiert, siehe [Protokoll Nr. 11](#) (TOPs 2 und 3).

auswärts) und Postfiliale (stadteinwärts) anzubringen. Die Kosten für jeweils zwei Verkehrszeichen (Verkehrszeichen 277.1. plus Aufhebungszeichen [281.1](#)) betragen insgesamt € 1.600 inkl. Folgekosten. Der Fachausschuss habe sich jedoch auf kein einstimmiges Votum verständigen können, so dass das Vorhaben heute im Beirat beraten werden müsse.

Klaus-Peter Land berichtet, dass sich der Fachausschuss schwergetan habe, eine angemessene Vorgehensweise zu finden, weil davon auszugehen sei, dass die Fernwärmeverbindungsleitung gebaut werde, aber noch niemand wisse, wie anschließend der Straßenraum aussehe. Andererseits bestehe das geschilderte Problem. Nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) dürften Fahrräder innerorts nur mit einem Abstand von mindestens 1,50m überholt werden. Die Regelung sei noch neu und nicht allen bekannt. Deshalb sei es sinnvoll, die Vorgabe durch die vorgeschlagene Beschilderung zu verdeutlichen.

Dr. Hans-Peter Volkmann gibt zu bedenken, dass es sich im Grunde um ein Überwachungsproblem handele. Es spreche aber nichts gegen eine Regelung, die die Aufmerksamkeit der Kfz-Führenden erhöhe.

Der Beirat stimmt anschließend der Bereitstellung von € 1.600 aus dem Stadtteilbudget einstimmig zu.

### **b) Kostenschätzung für eine provisorische Sanierung der Carl-Schurz-Straße**

In diesem Fall, so Frau Dr. Mathes, sei der Fachausschuss ebenfalls zu keinem einstimmigen Votum gelangt. Wohl sei der Fachausschuss übereingekommen, das ASV aufzufordern, im Rahmen des Stadtteilbudgets eine Kostenschätzung zur Fahrbahnsanierung der Carl-Schurz-Straße (zwischen Wachmannstraße und Georg-Gröning-Straße) inklusive der Nebenanlagen abzugeben, aber für das Anliegen, auch eine Kostenschätzung für eine mittige provisorische Sanierung der Carl-Schurz-Straße in Form eines Asphaltstreifens, inklusive einer Einschätzung, wie sinnvoll ein solches Provisorium wäre, sei keine Einigung erzielt worden.

Klaus-Peter Land betont, dass es sinnvoll sei, beide Maßnahmen miteinander vergleichen zu können. Dazu seien in beiden Fällen Kostenschätzungen nötig.

Dr. Hans-Peter Volkmann erwidert, dass sich die provisorische Maßnahme voraussichtlich als nicht sinnvoll herausstellen werde. Deshalb sei eine ausdrückliche Beurteilung durch das ASV notwendig.

Anschließend stimmt der Beirat der gewünschten Kostenschätzung einstimmig zu.

### **TOP 5: Ausweisung der Findorffallee als Fahrradstraße**

Dr. Karin Mathes stellt fest, dass das ASV beabsichtige, die Findorffallee zwischen Neukirchstraße und der Verbindung zwischen Utbremer und Schwachhauser Ring als Fahrradstraße auszuweisen.<sup>6</sup> Die Fahrbahnoberfläche solle rot markiert werden.

Nachdem Sprecher\*innen der Grünen, der SPD- und der CDU-Fraktion deutlich machen, dass eine Roteinfärbung im vorliegenden Fall nicht notwendig sei und Maßnahmen andernorts vorrangiger seien, schlägt Dr. Karin Mathes vor, die geplante Maßnahme zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und in der Stellungnahme darauf hinzuweisen, dass auf eine Roteinfärbung der Fahrbahn verzichtet werden solle.

Diesem Vorschlag schließt sich der Beirat einstimmig an.

### **TOP 6: Verschiedenes**

Da Dr. Karin Mathes heute letztmals eine Beiratssitzung leitet und zum 15.06.2021 in den Ruhestand eintreten wird, bedanken sich Gudrun Eickelberg und Dr. Hans-Peter Volkmann bei ihr für die langjährige faire und kompetente Zusammenarbeit.

---

<sup>6</sup> Die Anhörung des ASV sowie der dazu gehörige Plan sind als **Anlagen 3a und 3b** diesem Protokoll angefügt.

Sprecherin  
Eickelberg

Vorsitzende  
Dr. Mathes

Protokoll  
Berger